

AUSGABE VOM 15. JANUAR 2016

Kölner Übergriffe: Minister Jäger handelt verantwortungslos!

Die massive sexuelle Gewalt gegen Frauen vor allem durch junge arabische und nordafrikanische Männer in Köln und in weiteren deutschen Städten in der Silvesternacht ist widerwärtig. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat in diesem Zusammenhang der Führung der Kölner Polizei Versagen vorgeworfen. Zu einfach! Jäger wusste vieles früh, hat spät reagiert und lückenhaft informiert. Es ist erbärmlich, die eigene Verantwortung auf Polizeibeamte abzuschieben. Das hat er auch wieder vor dem Bundestagsinnenausschuss getan. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Forderung der CDU-Landtagsfraktion nach lückenloser Aufklärung der Ereignisse in Köln durch den Landtag von NRW.

Wer Gastfreundschaft missbraucht, muss abgeschoben werden

Die brutalen Übergriffe rund um den Kölner Hauptbahnhof und die Erkenntnisse und Konsequenzen, die sich mittlerweile aus den Ermittlungen ergeben, haben in dieser Woche auch den Bundestag in einer aktuellen Stunde beschäftigt. NRW-Innenminister Jäger hatte im Innenausschuss Bericht erstattet. Die Regierungskoalition hat sich sehr schnell auf die rechtlichen Konsequenzen verständigt, die jetzt auch rasch in Gesetze umgesetzt werden. CDU und CSU werden gemeinsam mit dem Koalitionspartner ge-



Entschlossen und schnell handeln: Innenminister Thomas de Maizière und Justizminister Heiko Maas haben sich als eine der notwendigen Reaktionen auf die Kölner Vorfälle auf rasche Gesetzesverschärfungen verständigt. (Foto: Bundesregierung)

setzliche Verschärfungen beschließen, mit denen erreicht werden soll, dass straffällige Ausländer und Migranten leichter ausgewiesen werden können beziehungsweise dass ihnen der Flüchtlingsstatus entzogen werden kann. Deutschland hat in einzigartiger humanitärer Verantwortung Flüchtlinge aufgenommen und viel geleistet. Aber unsere Maxime muss auch sein, dass unsere Bürger die Klarheit und die Garantie haben, dass Deutschland sicher ist und bleibt. Zu den alltäglichen Selbstverständlichkeiten gehört, dass Frauen alleine oder in Begleitung jederzeit im öffentlichen Raum sicher unterwegs sein können. Dieses Recht und diese Freiheit sind zunehmend gefährdet, und zwar nicht erst seit Silvester. Viele Frauen haben heute schon zu bestimmten Zeiten in der U-Bahn und auf manchen Straßen und Plätzen ein unsicheres Gefühl. Es ist Aufgabe unseres Rechtsstaates, diese Sicherheit zu gewährleisten. Deshalb braucht die Polizei mehr Personal und bessere Ausrüstung. Die Union hat in den Haushaltsverhandlungen für dieses Jahr dreitausend zusätzliche Stellen für die Bundespolizei durchgesetzt. Nordrheinwestfalen muss hier für die Landespolizei schnellstens nachziehen. „Es ist und bleibt Aufgabe des Staates, seine Bürger vor Übergriffen zu schützen. Jeder soll in Deutschland an jedem Ort sicher sein“, so MdB Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die kriminellen Vorfälle rund um den Hauptbahnhof haben mich schockiert. Köln war in der Silvesternacht ein Ort des Versagens der politischen und polizeilichen Führung. Es ist peinlich, wie NRW-Innenminister Jäger sich mit Verweis auf Polizeibeamte vor Ort aus seiner Verantwortung herauszureden sucht.



Es besteht keine Veranlassung, die Polizeibeamten, die in Köln im Einsatz waren, zu kritisieren. Es hat eine grobe Fehleinschätzung der Polizeiführung gegeben. Aber ich möchte mich ausdrücklich bei jenen Beamten bedanken, die in dieser Silvesternacht in dramatischer Unterzahl ihren Kopf hingehalten haben.

Die Bürger dürfen nicht bevormundet werden. Es geht um ihren Anspruch auf vollständige und richtige Information. Natürlich können sie die Wahrheit vertragen, weil sie zwischen gesetzestreuen Migranten und Kriminellen unterscheiden können. Wir müssen das offen diskutieren.

Mit dem Attentat in Istanbul gingen die schlimmen Nachrichten diese Woche weiter. Zehn ermordete Landsleuten und zahlreiche Verletzte sind das Ergebnis dieses schändlichen Terroranschlags. Ihnen hat unsere Fraktion am Dienstag und der ganze Bundestag am Mittwoch in einer Schweigeminute gedacht. Ihnen und ihren Angehörigen gilt auch mein ganzes Mitgefühl.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Fraktionskongress zum Demografischen Wandel

Bis 2050 wird sich die deutsche Bevölkerung drastisch reduzieren und immer weiter altern. Demografen sehen steigende Flüchtlingszahlen als Chance, um dieser Entwicklung vorzubeugen. Doch was kann Zuwanderung leisten und was nicht? Das hat die Unionsfraktion jetzt auf ihrem Demografiekongress mit Experten aus Politik und Wissenschaft beleuchtet. Jeder vierte in Deutschland ist bereits jetzt über 60 Jahre alt. In vierzig Jahren werden die über 65-Jährigen ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen. Das verändert alle Lebensbereiche. Wie und wo werden wir wohnen - Köln wächst aber ganze Landstriche entvölkern sich? Wie wird der Arbeitsmarkt aussehen? Wie wird unser Sozialsystem finanziert werden?

Dass Menschen angesichts des gesellschaftlichen Wandels zu Recht Antworten von der Politik erwarten, betont MdB Möring mit Blick auf Köln: „Wenn Kindergärten in Großstädten hoffnungslos überfüllt sind, andernorts aber wegen fehlender Kinder schließen müssen, wenn in Ballungsgebieten die Wohnungspreise explodieren, in anderen Räumen aber leerstehende Immobilien zum Problem werden, wenn in einigen Gebieten hohe Arbeitslosigkeit herrscht, anderswo aber keine Fachkräfte zu finden sind, dann müssen wir diese Fragen intensiv angehen.“

AmCham: Umsetzung von Seveso-III gestalten



Auf Einladung der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland (AmCham Germany) diskutierte MdB Karsten Möring unter der Leitung von Birgit Ortlieb, Dow Chemical, mit den Vertretern der größten Chemieunternehmen in Deutschland die anstehende Umsetzung der EU-Seveso-III-Richtlinie in nationales Recht. „Hier sind klare Regelungen nötig, wie erhöhte Sicherheitsanforderungen für die Bevölkerung umgesetzt werden können, ohne die Produktionsstandorte zu gefährden“, positionierte sich MdB Möring. (Foto: AmCham)

Erleichterte Ausweisung ausländischer Straftäter

Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Bundesjustizminister Heiko Maas haben sich auf eine erleichterte Ausweisung krimineller Ausländer geeinigt. Die verschärften Vorschriften für bestimmte Straftaten sind eine Konsequenz aus den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten.

Wenn ein Ausländer für Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe gleich welcher Höhe verurteilt wurde, kann er ausgewiesen werden. Dies gilt auch, wenn die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wird.

Auch für Flüchtlinge gibt es verschärfte Bedingungen. Wer aufgrund der genannten Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wird, kann zukünftig von der Anerkennung als Flüchtling ausgeschlossen werden. Dies ist bislang erst bei einer dreijährigen Haftstrafe möglich. Die Bundesregierung arbeitet daran, dass die Ausweisungen auch tatsächlich vollzogen werden können. Bislang machen Abschiebehindernisse wie fehlende Papiere oder die Weigerung des Herkunftslandes, eine straffällig gewordene Person zurück zu nehmen, eine Ausweisung oft unmöglich.

Auch der Schutz vor sexuellen Übergriffen wird verbessert. In Kürze wird das Kabinett einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung beschließen. Demnach werden künftig auch sexuelle Übergriffe unter Strafe gestellt, bei denen der Täter einen Überraschungsmoment ausnutzt oder die Furcht eines Opfers, dass der Täter Gewalt anwenden werde, falls sich das Opfer wehrt.

Beschlossen hat der Bundestag in dieser Woche auch ein Gesetz zur Registrierung und zum Datenaustausch bei Asylbewerbern. Asylbewerber und Flüchtlinge erhalten künftig einen Ausweis mit biometrischen Merkmalen (Fingerabdrücke etc.), so dass Mehrfachanmeldungen und Aliasidentitäten wie bei dem Attentäter von Paris zukünftig ausgeschlossen sind. Alle Behörden erhalten für ihre Zwecke Zugriff auf diese Daten, die in einem zentralen Register gespeichert werden. Die Registrierung an der Grenze hat sich inzwischen - auch wegen zurückgehender Zahlen - verbessert. Derzeit wird dort jeder registriert.

„Wer in Deutschland Schutz sucht und bekommt, muss unsere Gesetze beachten. Diese Maßnahmen sind die richtige und rechtsstaatliche Antwort für jene, die unser Gastrecht missachten und Straftaten begehen“ so MdB Karsten Möring.

Impressum:

Ausgabe Nr. 1/2016
15. Januar 2016

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter